



Dienstag, 03. September 2024, 16:00 Uhr
~25 Minuten Lesezeit

Klima und Krieg

Aktivisten und Politiker haben der Erderwärmung den Kampf angesagt. Allerdings gab es schon in der Prä-Grünen-Ära Wärmeperioden auf der Erde — und ganz ohne Panikmache wurde es auch wieder kälter.

von Gerhard Keller
Foto: Sergey Novikov/Shutterstock.com

„Ihr seid schuld — aber wir können euch retten, wenn ihr euch genauestens an die von uns befohlenen Maßnahmen haltet.“ So ungefähr könnte man die Botschaft der Klimabewegung und ihrer Exponenten in der Politik an uns Bürger zusammenfassen. Sie kommt uns auch aus anderem Zusammenhang bekannt vor. Um zu verdeutlichen, mit welcher Entschlossenheit sie gegen den Klimawandel vorgehen, schrecken Medien und Staatenlenker auch vor einem martialischen Vokabular nicht zurück. Es geht um alles oder nichts, und da werden keine Gefangenen gemacht. Rituell wird in regelmäßigen Abständen der drohende

Weltuntergang beschworen, üben sich Volksvertreter in unser aller Namen in bußfertiger Selbstbezichtigung, werden drastische Maßnahmen, die oft mit empfindlichen Freiheitseinschränkungen verbunden sind, als alternativlos beschworen. Obwohl ein menschlicher Einfluss auf das Klima nicht auszuschließen ist, fallen dabei oft wesentliche Aspekte des Themas unter dem Tisch. Vor allem führt das Denken in zu kurzen Zeiträumen oft zu ungenauen Denkergebnissen. Wenn zum Beispiel eines der kältesten Jahre der letzten Jahrhunderte zum Maßstab genommen wird, erscheint alles, was danach kam, als katastrophenträchtige Gluthitze.

Kriegsrhetorik war in der Klimadebatte von Anfang an im Spiel.

Die Parole „Klimawandel ist schlimmer als Krieg“, die die Tatsachen in brutaler Weise auf den Kopf stellt, haben wir schon vor Jahrzehnten gehört. So vom umjubelten Friedensnobelpreisträger Al Gore, der verkündet hatte: „Der Klimawandel ist schlimmer als ein Atomkrieg.“ Das hat vielen gefallen. Auch dem amerikanischen Präsidenten Joe Biden, der die verantwortungslose Phrase erst im Januar 2023 wiederholt hat – wohl um seine Bemerkung einige Monate zuvor, dass ein möglicher Nuklearkrieg zwischen der NATO und Russland zu einem „Armageddon“ führen würde, ins rechte Licht zu rücken. Der Gründer des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Hans Joachim Schellnhuber, dem Politik, Medien, der Papst selbst und die Kirchen als dem „Klimapapst“ zu Füßen liegen, hat schon früh seine Chance mit der Sprache der Mobilmachung genutzt. Wenn er dann tatsächlich vom „Krieg gegen den Klimawandel“ sprach, den notfalls eben die „Zivilgesellschaft“ führen muss, klang es schon wie eine

Selbstverständlichkeit.

Die Berichte des Weltklimarats (IPCC) dagegen, die ja als die „Bibel“ der Klimawissenschaft bezeichnet werden, können trotz ihrer alarmistischen Schlagseite eine gewisse Bodenhaftung nicht vermeiden. Deshalb war ich noch sehr überrascht, als ich nach der Lektüre des vierten Sachstandsberichts des IPCC im Jahr 2007 Schellnhuber als „Klimawissenschaftler“ – in der Erwartung, nun im Gegensatz zu den Alarmtrommeln in der Öffentlichkeit einen sachlichen Beitrag zu hören – zum ersten Mal im Radio hörte. Denn er sprach nicht als Wissenschaftler, sondern als Einpeitscher. Zwei Zentimeter Meeresspiegelanstieg pro Jahrhundert jeweils durch schmelzendes Eis in Grönland und in der Antarktis hatte der IPCC-Bericht – zur großen Enttäuschung der Medienvertreter – angegeben. Davon sprach Schellnhuber gar nicht, sondern steuerte gleich vierzig Meter in der Zukunft an, vor allem durch schmelzendes Eis in der Antarktis. Am 13. Juni 2007 sagte er bei einem Impulsreferat im Auswärtigen Amt:

„Die Frage nach dem Meeresspiegelanstieg ist generell von großer Bedeutung. Dafür hat der jüngste IPCC-Bericht Vorhersagen und spricht von etwa einem halben Meter bis Ende des Jahrhunderts. So what? Wen interessiert das? Wir legen zwei Ziegel bei den Deichen drauf und dann ist alles okay. Aber die Prognose wurde ohne die Beiträge der kontinentalen Eismassen und der Gebirgsgletscher durchgeführt. Im Wesentlichen bezieht sie sich somit auf die – durch die Erwärmung verursachte – thermische Ausdehnung des Meerwassers.“

Aber der halbe Meter bis Ende des Jahrhunderts beinhaltet laut IPCC eben auch die „Beiträge der kontinentalen Eismassen und der Gebirgsgletscher“. Wir haben damit zudem eine sehr entspannende Beurteilung der im IPCC-Bericht von 2021 dargestellten Aussichten, erfreulicherweise vom Klimapapst persönlich: Nach dem wahrscheinlichsten Szenario (SSP2-4.5) des IPCC erwartet uns bis

2100 genau jener halbe Meter Meeresspiegelanstieg, den wir mit „zwei Ziegeln auf den Deichen“ bewältigen können. Der letzte Satz seines Impulsreferats von 2007 hatte dagegen gelautet:

„Das heißt, dass wir im Zwei-Grad-Gleichgewicht auf lange Sicht einen Meeresspiegelanstieg von mehr als 50 Metern bekommen.“

Der Staatssekretär Seiner Klimaheiligkeit, Stefan Rahmstorf, hat uns auf ähnliche Weise Entwarnung geliefert: Am 31. August 2019 veröffentlichte er im *Spiegel* einen Artikel unter der Überschrift „Die Menschheit verliert die Kontrolle über den Zustand der Erde“. Dort verweist er als Beleg auf eine „gerade erschienene Studie“, die angeblich zeige, dass beim Schmelzen des Eises in der Westantarktis ein „Klima-Kipppunkt“ erreicht sei. Liest man die Studie selbst, hört es sich ganz anders an. Denn Paul R. Holland und seine Co-Autoren schreiben dort, dass beim Szenario RCP4.5 – das im wesentlichen dem oben genannten Szenario SSP2-4.5 entspricht – die simulierten Trends der Winde, die die Ursache des Schmelzens sind, sich nicht signifikant von null unterscheiden. Holland sagt im von Rahmstorf genannten Artikel noch ausdrücklich:

„Wenn die Emissionen ab 2050 zurückgehen und sich schließlich bei der Hälfte stabilisieren, können die Winde ihren gegenwärtigen Status behalten.“

Das ist Entwarnung und kein Alarm.

Wie gerade die Wissenschaft selbst Politik und Gesellschaft in die Irre führt, zeigt auch ein Artikel, den Ulf Büntgen und 16 Co-Autoren in der Fachzeitschrift *Nature Geoscience* im März 2021 veröffentlicht haben. Unter der Überschrift „Jüngste europäische Dürreextreme jenseits der Hintergrundvariabilität unserer Zeitrechnung“ (im Original: „Recent European drought extremes beyond Common Era background variability“) stellen sie die Ergebnisse von

Baumringanalysen an Bäumen vor, die zwischen 75 vor Christus und 2018 nach Christus im heutigen Tschechien und Teilen Bayerns gewachsen sind. Dabei beziehen sich ihre Aussagen auf die Sommermonate Juni, Juli und August der einzelnen Jahre. In der fettgedruckten Zusammenfassung am Anfang des Artikels schreiben sie entsprechend der Überschrift, dass die europäischen Sommerdürren der Jahre 2015 bis 2018 in den letzten 2.110 Jahren beispiellos waren und dass die Ursache dieser Anomalie „wahrscheinlich“ im anthropogenen Klimawandel liege.

Schaut man sich den Artikeltext mit den zugrunde liegenden Datenreihen an, erweisen sich die Jahre 1509 und 1508 als die mit den größten Sommerdürren, und die Liste der zehn extremsten Sommer lautet: 1509, 1508, 2018, 2016, 2017, 1492, 2015, 1530, 1305, 1512. Sucht man nach Perioden, die länger als fünf Jahre und daher für Aussagen zur Klimaentwicklung viel bedeutender als drei- bis fünfjährige sind, finden sich die dürrsten stets um 1500. Vergleicht man die beiden von Büntgen und Mitautoren genannten herausragendsten Dürreperioden der letzten 2.110 Jahre – 1490 bis 1540 und Mitte der 1970er Jahre bis 2018 – erweist sich die frühere als deutlich trockener. Bemerkenswert ist auch eine von den Autoren selbst erwähnte Eigenschaft der Datenreihe: Der sehr langfristige Trend zeigt eine – vom Menschen unbeeinflusste – Entwicklung hin zu mehr Dürren. Innerhalb eines Jahrhunderts macht sich das zwar kaum bemerkbar, aber innerhalb eines 500-jährigen Zeitraums schon deutlich.

Wir haben hier auch ein gutes Beispiel für die gegenwärtige „Wissenschaftskommunikation“: Dass Büntgen die von Überschrift und Zusammenfassung des Artikels nahegelegte alarmistische Interpretation durchaus recht ist, zeigen auch die Pressestimmen zur Studie, die er auf seiner Homepage aufführt: Neben *FAZ*, *Zeit* und *Spiegel*, die ihre Rolle als Verbreiter des Dürrealarms kritiklos ausfüllen, führt ein Link zur Universität Cambridge, wo Sarah Collins ihre Besprechung mit dem Satz beginnt: „Jüngste

Sommerdürren in Europa schlimmer als alles in den letzten 2.100 Jahren.“

Bei der weit verbreiteten Vorstellung über die Entwicklung von Dürren in Europa – und das steht hier auch stellvertretend für andere Aspekte des Klimawandels – werden entscheidende Faktoren nicht berücksichtigt.

Beispielsweise hat der physische Geograph Rüdiger Glaser von der Universität Freiburg zusammen mit zwei Kollegen im Jahr 2019 eine Studie über Dürren in Südwestdeutschland seit 1800 veröffentlicht. Dabei zeigte sich kein Trend im untersuchten Zeitraum; aber die Möglichkeiten, auch mit schweren Dürren umzugehen und die Folgen zu minimieren, haben enorm zugenommen. Lustigerweise erwähnen Büntgen und seine Mitautoren in ihrem Artikel auch noch, dass im Untersuchungsgebiet in Tschechien als Reaktion auf die „Renaissance-Dürre“ im frühen 16. Jahrhundert 70.000 künstliche Gewässer, Fischfarmen und Kanalsysteme angelegt worden sind. Und jetzt, 500 Jahre später, sollen die Dürren – übrigens trotz Zunahme der Jahresniederschläge – Vorboten des Weltuntergangs sein?

Eine weitere Irreführung der Öffentlichkeit sei hier erwähnt: Der von den meisten Medien hochgelobte Katastrophenfilm „Ökozid“, der im Jahr 2020 im *Ersten Deutschen Fernsehen* gesendet wurde, ging laut Regisseur Andres Veiel auf einen „Schock“ zurück, den er im August 2018 in der Uckermark erlebte, als die „Bäume gelb wurden und ihr Laub abgeworfen haben“. Zu dieser Unkenntnis der Klimageschichte, die Veiel auch zu einer drastischen Filmszene verleitet hat, habe ich unter das Vorschau-Video einen Kommentar geschrieben, in dem ich mit den Daten des Deutschen Wetterdienstes und deren Auswertung nach dem Index von de Martonne aufgezeigt habe, dass in den letzten 50 Jahren die Sommer in Brandenburg sogar leicht feuchter geworden sind.

Dieser Kommentar wurde nicht veröffentlicht, nachdem sich das Team der ARD-Zuschauerredaktion „zusammengesetzt und entschieden“ hatte.

Betrachten wir nun die klimatische Gesamtsituation. Sie stellt sich bei nüchterner Betrachtung der IPCC-Berichte folgendermaßen dar: Um 1850 hat die Temperatur in unserer Warmzeit Holozän seit 10.000 Jahren ihren tiefsten Punkt erreicht. Es war der Endpunkt der wohlbekannteren „Kleinen Eiszeit“. Dabei handelt es sich im wesentlichen – was wir über Europa genau wissen – um eine schlechte Klimaphase mit häufig strengen Wintern, kühlen und verregneten Sommern und verheerenden Überschwemmungen. Diese Zeit mit ihren Missernten und Hungersnöten ist vielfach belegt. Schon 1315 bis 1317 gab es in ganz Europa eine extreme Hungersnot mit Millionen Toter, der Beginn einer Serie von zahlreichen weiteren. Die Magdalenenflut im Jahr 1342 gilt als die schlimmste Hochwasserkatastrophe des gesamten letzten Jahrtausends im mitteleuropäischen Binnenland.

Im 16. und 17. Jahrhundert gab es im Mittelmeerraum verheerende Unwetter und Überschwemmungen am laufenden Band – und natürlich auch Visionen vom Ende der Welt. Die Alpengletscher, die während des Holozäns über längere Zeiträume weiter zurückgegangen waren als heute, haben Mitte des 19. Jahrhunderts ihre größte Ausdehnung der letzten 10.000 Jahre erreicht.

Damals gab es christliche Prozessionen zu den Gletschern, in denen um den Rückgang des Eises gebetet wurde. In Sagen wurden die eisfreien Höhen der zurückliegenden Jahrhunderte als verlorenes Paradies betrachtet, aus dem die Menschen wegen ihres allzu ausschweifenden Lebens durch das vordringende Eis vertrieben worden sind.

Vor einigen Jahren wurde in Island theatralisch und medienwirksam

ein 700 Jahre alter Gletscher „beerdigt“ – ja, so hat man das genannt. Mit unserem Wissen sieht es ganz undramatisch so aus: Der Gletscher entstand vor 700 Jahren durch die Klimaverschlechterung. Jetzt, nachdem das Klima wieder besser geworden ist, ist er wieder verschwunden.

Diese Sichtweise wird – wenn auch ungewollt – auch von den größten Alarmisten unter den Klimaforschern unterstützt. Sie heben – um die drastischen Auswirkungen eines Klimawandels zu demonstrieren – den Temperaturrückgang um „ein bis zwei Grad“ hervor, der zur Klimaverschlechterung der „Kleinen Eiszeit“ führte. Dass aber die letzte so problematisch dargestellte Änderung – bisher global um rund ein Grad – wieder in die andere Richtung ging, nämlich in Richtung Verbesserung, erwähnen sie dabei nicht. In Europa beträgt diese Erhöhung inzwischen etwa 2 Grad, wobei laut IPCC die Erhöhung in Europa in den letzten Jahrzehnten zu 25 Prozent auf die Verbesserung der Luftqualität zurückzuführen ist.

Gerade in Deutschland ist der Schwefeldioxid-Ausstoß, der besonders abkühlend wirkt, seit der Umsetzung des Helsinki-Abkommens im Jahr 1987 drastisch zurückgegangen. Auch alle anderen wesentlichen Schadstoffe in der Luft wurden bis heute sehr stark reduziert. Diese enormen Verbesserungen spielen in der öffentlichen Debatte überhaupt keine Rolle mehr, wo stattdessen populistische Phrasen wie die von Kohlekraftwerken als „Dreckschleudern“ die Runde machen, obwohl sie das längst nicht mehr sind. In Wirklichkeit ist es ja so, dass der Bürger eines afrikanischen Landes, wo selbst die elementarste Grundversorgung mit Strom nicht funktioniert, weshalb dann die Wohlhabenderen ihren Strom mit Dieselgeneratoren erzeugen, angesichts der Stilllegung eines Kohlekraftwerks bei uns, das selbst bei halber Auslastung mehr als eine Million Haushalte mit sicherem und billigem Strom versorgen kann, nur zu dem Schluss kommen kann: „Die sind verrückt geworden.“

In der Klimapolitik hat man nun zur Beurteilung der globalen Temperaturentwicklung den Tiefpunkt der Zeit um 1850 als Ausgangspunkt genommen und einen Anstieg von global 2 Grad Celsius als gerade noch zumutbare Obergrenze festgelegt.

Lustigerweise hat man auf der Pariser Klimakonferenz im Jahr 2015 das 1,5-Grad-Ziel als erstrebenswert ins Spiel gebracht, nachdem die Temperatur von 2000 bis 2015 nur so geringfügig angestiegen war, dass die Begrenzung auf 2 Grad Temperaturerhöhung bis 2100 womöglich auch ohne jegliche Klimaschutzmaßnahmen erreichbar schien. Fälschlicherweise wird in Politik und Medien sowie natürlich bei Klimaaktivisten jetzt das 1,5-Grad-Ziel als das allein gültige betrachtet.

Obwohl der Schwede Svante Arrhenius schon im Jahr 1896 als einer der ersten den Treibhauseffekt von Kohlendioxid entdeckt hatte – und die dadurch zu erwartende Erwärmung übrigens positiv bewertete –, wurde der erste Klimaalarm des 20. Jahrhunderts in den 1970er Jahren nicht wegen der globalen Erwärmung, sondern wegen der Abkühlung ausgelöst, die sich seit den 1940er Jahren trotz der starken CO₂-Emissionen bemerkbar gemacht hatte. Im Jahr 1976 beschrieb der Klimatologe John Mitchell die Behandlung des Themas in den Medien dann so:

„Während einer Kältewelle interviewen sie einen Vertreter der Fraktion ‚Die Eiszeit naht‘, bei einer Hitzewelle wenden sie sich an einen Kontrahenten, der eine Art Hitzetod der Erde voraussagt.“

Auf der ersten Weltklimakonferenz im Jahr 1979 spielte dann aber die zukünftige Erwärmung durch Kohlendioxid die entscheidende Rolle, und die beteiligten Wissenschafts- und UNO-Organisationen einigten sich auf eine Erklärung, in der die Aufforderung zu Maßnahmen gegen den Klimawandel herausgestellt wurde. Einwände selbst vom Konferenzleiter, dass man ja noch nicht einmal

wisse, ob Erwärmung gut oder schlecht sei, fanden keine Beachtung.

Immer mehr kam in der Klimadebatte die Politik ins Spiel, zunächst ausgehend von den USA, wo führende Klimaforscher die Angst vor einer globalen Erwärmung stark angetrieben hatten. Aber vor allem die UNO und die Entwicklungsländer spielten eine immer bedeutendere Rolle. Als Beratergremium zur Vorbereitung der zweiten Weltklimakonferenz 1990 wurde das IPCC gegründet. Zunehmend wurde diese Beratung als Bereitstellung von Begründungen zu ohnehin schon geplanten „Aktionen gegen den Klimawandel“ aufgefasst. Die Vertreter der Entwicklungsländer haben von Anfang an die Chance erkannt, unter dem Hinweis auf die Schuld der Industrieländer an den CO₂-Emissionen – die diese ja selbst stets betonten – an Geld zu kommen. In der damaligen Phase zeigte sich auch schon, dass der CO₂-Ausstoß durch Waldvernichtung wie zum Beispiel in Brasilien oder Indonesien, durch die jedes Jahr verheerende Umweltschäden angerichtet und auch riesige Mengen an Treibhausgasen ausgestoßen werden, überhaupt keine Berücksichtigung findet. So hat Brasilien sogar die Rolle des Sprechers der Entwicklungsländer übernommen und massive Forderungen an die Industrieländer gestellt. Forderungen richteten sich auch an das IPCC, nun endlich die wissenschaftlichen Grundlagen für die eigentlich schon geplanten Maßnahmen zu liefern.

Die Wissenschaftler des IPCC allerdings sahen im Jahr 1995, bei der Vorbereitung des zweiten IPCC-Berichts, schon vor, die Frage zu verneinen, ob überhaupt ein menschliches Signal im Klima zu erkennen ist. Erst im letzten Moment wurde nach heftigen Diskussionen das Dokument mit der vagen Aussage ergänzt, dass ein menschlicher Einfluss auf das globale Klima erkennbar sei.

Welche Begeisterung dieser eigentlich nichtssagende Satz in Deutschland ausgelöst hat, schildert Dirk Maxeiner in einem Artikel

der Wochenzeitung *Die Zeit* im Jahr 1997 so:

„1995 erreicht die fiebrige Erwartung erneut Höchststände, diesmal gipfeln die Klimatologen in Berlin. (...) Ob des überführten Missetäters bricht medialer Jubel aus.“

Die *Berliner Tageszeitung* titelte: „Endgültig: Menschen schaufeln sich Klimagrab“, das Nachrichtenmagazin *Focus*: „Beweis erbracht“. Für den Klimaalarm, stets verbunden mit dem Schuldvorwurf an „uns“, gab es seither kein Halten mehr, obwohl zum Beispiel der Klimaforscher Klaus Hasselmann, der im Jahr 2021 für seine frühen Forschungen zu Klimamodellen und zum Einfluss des Menschen auf das Klima den Physik-Nobelpreis bekommen hat, noch 1997 in der Wissenschaftszeitschrift *Science* schrieb:

„Die Frage, ob der Anstieg der Temperaturen im letzten Jahrhundert tatsächlich vom Menschen verursacht wurde oder ob es sich einfach um eine natürliche Variabilität des Klimas handelt, bleibt kontrovers.“

Das Muster der Klimadebatte, wie wir sie bis heute kennen, kann man so beschreiben: Die Öffentlichkeit frisst den Klimaforschern die Katastrophenmeldungen aus der Hand, und die wiederum liefern immer mehr Stoff. Die Politik feuert die Stimmung der Katastrophenerwartung selbst an oder passt sich opportunistisch an.

Sogar der grotesken Bewegung „Fridays for Future“ hat man sich – egal, was es kostet – untergeordnet, womit sich die Politik auf offener Bühne für bankrott erklärt hat.

Die Gruppen und Institutionen, die auf der Klimakatastrophenwelle ihr Süppchen kochen, sind kaum noch überschaubar: Sie reichen von Klimaforschern, Konzernen, Staaten, Königshäusern, Politikern, Parteien, Kirchen, Schulen, Universitäten und Forschungsinstituten,

Medien und Künstlern bis hin zum Klimakatastrophenclown im Kindergarten.

Auch die Preisverleiher haben Hochkonjunktur: Wer die Zukunft am düstersten malt, wird auserwählt. Im Jahr 2007 hat das IPCC zusammen mit Al Gore den Friedensnobelpreis bekommen. Das Wort „Klimakatastrophe“ wurde daraufhin ebenfalls im Jahr 2007 von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres gekürt. Der Überbietungswettbewerb mit Alarmbegriffen ging aber weiter. Schon vor Jahren hat eine Philosophin im Berliner Einstein-Forum angesichts des Klimawandels vom „Weltuntergang“ gesprochen. Das Karlsruher Zentrum für Kunst und Medien (ZKM) sah dabei mit dem bloßen „Untergang der Menschheit“ schon etwas blass aus. Der Festgottesdienst im Kirchenbezirk Karlsruhe-Land am Reformationstag 2022 wurde zur Feier des unmittelbar bevorstehenden Weltuntergangs.

Dabei setzt der Dekan zur Abwendung der Apokalypse nicht wie Luisa Neubauer, auf deren Predigt im Berliner Dom er Bezug nimmt, auf die Menschen. Vielmehr bringt er seinen Standortvorteil ins Spiel, der es ihm ermöglicht, vor allem auf die schöne Zeit nach dem Weltuntergang zu setzen. Ein anderer Pfarrer seines Kirchenbezirks hatte schon vor Jahren seinen Konfirmanden angesichts einer vorübergehend versiegten Quelle Schuld und Angst eingejagt: Für die „Schöpfung“ sei es eher „fünf nach zwölf als fünf vor zwölf“.

Der Klimapapst frischt die Untergangsstimmung auch immer wieder persönlich auf. Im Jahr 2019 sagte er im Fernsehen:

„Ich sage Ihnen, dass wir unsere Kinder in einen globalen Schulbus hineinschieben, der mit 98-prozentiger Wahrscheinlichkeit tödlich verunglückt.“

Dass solche verrückten Aussagen ohne nennenswerten Widerspruch möglich sind, ist Symptom einer schweren Krankheit,

die Wissenschaft, Politik und Medien befallen hat. Über die Jugendabteilung der Verrückten hat Rahmstorf gesagt:

„Wie im Märchen sind es unsere Kinder, allen voran Greta Thunberg, die einen ungetrübten Blick auf die wissenschaftliche Wahrheit haben.“

Man stelle dem die abfälligen Twitter-Kommentare Rahmstorfs des Jahres 2022 zu einem anderen Schweden gegenüber: Zu Lennart Bengtsson, einem vielfach ausgezeichneten Klimaforscher, der im Jahr 1998 zusammen mit seinen Kollegen Klaus Hasselmann und Hartmut Graßl auch den Deutschen Umweltpreis bekommen hatte. Bengtsson wurde im Jahr 2014 wegen seiner kritischen Haltung zum öffentlichen Klimakatastrophenzirkus regelrecht verstoßen, nachdem er schon 2013 gesagt hatte:

„Das Thema der globalen Erwärmung ist den Meteorologen und traditionellen Klimaforschern aus der Hand genommen worden und wird jetzt bestimmt von professionellen Medienexperten und verschiedenen wohlbekanntem Gruppen (politischen und anderen), für die der gegenwärtige Klima-Hype eine geeignete Gelegenheit ist, ins Rampenlicht der Medien zu kommen.“

Die sogenannten Weltklimakonferenzen, die seit 1995 jährlich stattfinden und die von Zehntausenden aus aller Welt als Klimakatastrophenfestivals besucht werden, waren von Anfang an in Wirklichkeit Selbstbeziehungstribunale der westlichen Industrieländer, allen voran Deutschlands.

Dieser entscheidende Aspekt fehlt noch in der Beurteilung der Pariser Klimakonferenz 2015 durch Rahmstorf und Schellnhuber in ihrem Buch „Der Klimawandel“:

„Was schließlich die Operationalisierung betrifft, ist der Pariser

Vertrag eigentlich ein Falschdokument. Denn dass die komplette Freiwilligkeit der jeweiligen nationalen Klimaschutzmaßnahmen, mit der man die Zustimmung aller Parteien erkauft hat, die notwendige radikale Dekarbonisierung der Weltwirtschaft zulässt, kann niemand ernsthaft glauben. Außer eben im Zustand der schweren Schizophrenie.“

Das haben die Autoren sehr spät bemerkt. Das Bundesverfassungsgericht, das in seinem im Frühjahr 2021 verkündeten Klima-Beschluss sowohl dem Pariser Klimaabkommen als auch dem populärwissenschaftlichen Büchlein von Rahmstorf und Schellnhuber große Bedeutung beimisst, hat wohl nicht bis zur Seite 125 gelesen, wo diese Beurteilung der Autoren zu finden ist. Die Bundesregierung, die über die festgestellte Verfassungswidrigkeit ihres eigenen Gesetzes gejubelt und die Stimmung gleich dazu genutzt hat, das Jahr der „Klimaneutralität“ von 2050 auf 2045 vorzuverlegen, hat wiederum offensichtlich das Urteil überhaupt nicht gelesen; denn dort steht:

„Muss sich eine von CO₂-intensiver Lebensweise geprägte Gesellschaft hingegen in kürzester Zeit auf klimaneutrales Verhalten umstellen, dürften die Freiheitsbeschränkungen enorm sein.“

Die Regierung hätte dann zumindest begründen müssen, dass man diese Einschränkungen sogar noch verstärken muss, weil im andern Fall – wenn Deutschland mit der vollständigen Reduktion seines Anteils von 1,3 Prozent an den globalen Emissionen noch bis 2050 wartete – die Klägerinnen Luisa Neubauer & Co. endgültig vom Klimawandel niedergestreckt würden.

Die Reduktionsbilanz gegenüber 1990 sah übrigens nach seit 1995 jährlich stattfindenden Weltklimakonferenzen im Jahr 2019 so aus: EU: minus 30 Prozent, global ohne EU: plus 70 Prozent, global insgesamt: plus 55 Prozent. Skandalös absurd wird es dann, wenn man neben diesen Zahlen auch die Entwicklung bei den wohl

größten Umweltproblemen der Welt betrachtet: Die Zerstörung von Wäldern, vor allem von tropischem Regenwald durch Brandrodung in Ländern wie Brasilien, Indonesien und den Staaten des afrikanischen Kongobeckens. Jährlich mehr als 130.000 km² Wald werden dadurch unverändert nun seit über 30 Jahren vernichtet, was auch einen Treibhausgasausstoß zur Folge hat, der deutlich über dem der gesamten EU liegt.

Dort wiederum werden immer wieder Billionenprogramme – sowohl von den EU-Instanzen als auch von den Regierungen der einzelnen Länder, besonders Deutschlands – herausgehauen, um „bei uns“ Klimaneutralität zu erreichen.

Ebenfalls parallel zu den jährlichen Konferenzen der „Weltgemeinschaft“ ist eine der folgenschwersten Luftverschmutzungen unverändert erhalten geblieben: Mehr als drei Millionen Menschen sterben jährlich an den Abgasen von Öfen, die in armen Ländern zum Kochen verwendet werden. Dadurch werden auch große Mengen an CO₂ ausgestoßen. Ein Ersatz dieser Öfen durch vielfach effizientere wäre mit sehr geringem Aufwand möglich. Als zentrales Problem der „Weltgemeinschaft“ muss an dieser Stelle natürlich auch der Hunger auf der Welt genannt werden. Zwar hat er sich in den letzten Jahrzehnten trotz der starken Zunahme der Weltbevölkerung und trotz des Klimawandels, der seltsam häufig als eine der Hauptursachen genannt wird, nicht nur relativ zur Gesamtbevölkerung, sondern auch in absoluten Zahlen gebessert. Aber mit über 700 Millionen Unterernährten ist er immer noch skandalös. Und wer nun tatsächlich glauben sollte, dass man den Hunger vermindern kann, indem man hier Windräder und Fotovoltaik-Anlagen errichtet, spinnt.

Was sagt nun das IPCC über die Auswirkungen des Klimawandels? Wichtige Kernaussagen im fünften Sachstandsbericht 2013/2014 stimmen überraschend gut mit dem gesunden Menschenverstand

überein: Die Auswirkungen von so gut wie allen anderen Faktoren wie Politik beziehungsweise Krieg, Wirtschaft, Technologie und Bevölkerungsentwicklung sind groß im Verhältnis zu den Auswirkungen des Klimawandels. Es gibt keinen gesicherten Trend bei Dürren, Überschwemmungen, Hurrikans beziehungsweise Zyklonen und Taifunen und anderen Stürmen. Bei einer weiteren Temperaturerhöhung um 2 Grad Celsius – also 3 Grad gegenüber dem „vorindustriellen“ Niveau – betrüge der ökonomische Verlust 0,2 bis 2 Prozent der Einkommen. Nach dem gegenwärtigen Entwicklungspfad werden wir diese Temperaturerhöhung bis 2100 nicht einmal erreichen. Das heißt, ein Einkommen von heute 1.000 Euro wird, wenn die Entwicklung nicht von Verrückten bestimmt wird, im Jahr 2100 wegen des Klimawandels nur auf etwa 4.950 statt auf 5.000 Euro ansteigen.

Beim Wirbel um den Klimawandel handelt es sich – um in der Fußballsprache zu sprechen – um eine gigantische Schwalbe. Die Zurschaustellung maximaler Betroffenheit gilt als Beweis der Sache selbst. Zur moralischen Unterfütterung erfindet man als die größten Opfer die junge Generation und die Armen der Welt. Aber wer den Verstand noch nicht verloren und Augen im Kopf hat, sieht sofort, dass Sprüche wie „Ihr verbaut uns unsere Zukunft“ die Tatsachen auf den Kopf stellen. Denn noch nie in der Menschheitsgeschichte hatte die junge Generation bessere Zukunftsaussichten, was ich selbstverständlich sehr begrüße. Und ob diese Chancen realisiert werden können, hängt nicht vom Klimawandel ab. Allerdings davon, wie viel Unsinn die Verantwortlichen treiben.

Das Getöse, mit dem die „Schulstreiks“ der LuxusKinder auf „die ganze Welt“ ausgedehnt wurden, hat völlig überdeckt, dass eines der größten Probleme der Entwicklungsländer eben gerade fehlende Schulen sind. Neben den weiteren gravierenden Problemen wie Gesundheit, Wasserversorgung, Ernährung und Infrastruktur verblasst das Problem des Klimawandels zur Unterhaltungsshow reicher Gesellschaften. Das Verantwortungslose

dabei ist, dass durch dieses kostspielige Theater die wirklichen Probleme dort – und selbstverständlich auch hier – verdeckt werden.

Nach einem Wahlkampf mit einer seit Jahren hochgejubelten Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock, die in ihren angeblichen Spezialgebieten Klimawandel und erneuerbare Energien widerspruchlos groben Unfug erzählt hatte, wurde durch die Regierungsbildung unter Kanzler Scholz der Irrweg endgültig zum Programm.

Mit dem völlig vagen Billionenprogramm ihrer sogenannten „Klimaschutzpolitik“, dessen Sinnlosigkeit grimmig vertuscht wird, hat die Regierung in Fortsetzung der Politik der Vorgängerregierung die Umkehrung einer seit mehr als einem halben Jahrhundert andauernden positiven Entwicklung in Deutschland fortgesetzt und damit vor allem die Zukunftsaussichten der jungen Generation stark verschlechtert.

Kurz: Die Bundesrepublik Deutschland wurde durch die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2021 endgültig zum Narrenschiff.

Jetzt ist die Regierung wegen des Ukrainekriegs in das Stadium der Perversion übergegangen. Die Invariante linksgrüner Politik – die Feindschaft gegen das eigene Land, die sich tausendfach belegen lässt – zeigt sich jetzt auf neuem Niveau: Der „Krieg gegen den Klimawandel“ erhält jetzt die allen Ernstes von vielen gelobte Unterstützung durch einen – bis jetzt – konventionellen Krieg.

Schon vor dem Krieg in der Ukraine waren die Stimmen immer lauter geworden, die angesichts des „Klimanotstands“ die Demokratie als ungeeignete Staatsform betrachteten. So wurde am 9. November 2020 in *Deutschlandfunk Kultur* und am 22. Februar

2021 im *Südwestfunk* 2 das Buch des Schweden Andreas Malm „Wie man eine Pipeline in die Luft jagt – Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen“ geradezu euphorisch besprochen. Die armen Irren, die sich jetzt auf Straßen und Flughäfen festkleben, um uns durch das Neun-Euro-Ticket und ein Tempolimit vom „Weg in die Vernichtung“ abzubringen, werden ja auch propagandistisch stark unterstützt.

Exemplarisch für die Entwicklung unserer Republik in den letzten Jahren sei der politische Werdegang der jetzigen Außenministerin Annalena Baerbock kurz beschrieben. Zu einem der Hauptprobleme von Strom aus Sonne und Wind hat sie die unsinnige Behauptung aufgestellt, das Netz sei der Speicher. In einer Fernsehdebatte kurz vor der Bundestagswahl hat sie unwidersprochen einen Meeresspiegelanstieg um sieben Meter bis 2100 in Aussicht gestellt. In voller Unkenntnis der 30jährigen Entwicklung im Verhältnis zu Russland hat sie gesagt, dass für sie als 1980 Geborene Sicherheitspolitik bisher ja kein Problem gewesen sei – eigentlich das Entlassungsgesuch einer Außenministerin. Dann ging es rasant weiter: Mit ihrer Äußerung, sie wolle der Ukraine liefern, was diese braucht, „egal, was meine deutschen Wähler denken“, hat sie die undemokratische Haltung abgesegnet, die sich sowieso schon in Politik und Medien, befeuert von sogenannten Think Tanks, verbreitet hatte: Dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj als der Diktator Deutschlands anzuerkennen sei, der unser Land zum Selbstbedienungsladen für Waffen – und für Wiederaufbauhilfen gleich mit – degradiert.

Zum Schluss darf die Reise Baerbocks in den pazifischen Inselstaat Palau nicht fehlen, wo sie Schuldvorwürfe gegen Deutschland abholen wollte, die sie allerdings schon vorher formuliert hatte: Der steigende Meeresspiegel drohe, Palau zu verschlucken. Allerdings zeigen die Daten des Internetportals PSMSL für die zu Palau gehörende Insel Malakal neben natürlichen Schwankungen von Jahr zu Jahr von bis zu einem halben Meter für die letzten 50 Jahre einen

langfristigen Anstiegstrend für die gesamte Periode von nur etwa 10 cm. Beim Treibhausgasausstoß ist Palau dagegen laut der Emissionsdatenbank EDGAR unangefochtener Weltmeister mit mehr als 60 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr bei 22.000 Einwohnern; allerdings beträgt die Einwohnerzahl von Palau offensichtlich nur 18.000, was pro Kopf rund 77 Tonnen für alle Treibhausgase ergibt – Rückfragen bei EDGAR haben diese extrem hohen Emissionen durch Detailinformationen bestätigt. Dem Außenminister Palaus ist eine Reise nach Baden-Württemberg zu empfehlen, wo der Pro-Kopf-Ausstoß nur etwa ein Zehntel davon beträgt. Zur Abrundung der Thematik sei darauf hingewiesen, dass Baerbock auch in Palau die Chance hervorgehoben hat, die der Krieg in der Ukraine für den Klimaschutz bietet.

Die einmalige Gelegenheit, nach 1990 dem größten Kapital der Menschheit – Frieden und Entspannung – endlich zum Durchbruch zu verhelfen, wurde durch eine Koalition aus den USA und osteuropäischen Ländern bei feiger Duldung durch westeuropäische Länder wie Deutschland vertan.

Dabei haben die USA auf den Hass der Osteuropäer auf Russland gesetzt, für den es zwar in der Geschichte Gründe gibt, der aber für eine Zukunftsperspektive katastrophal ist.

Wie bei der Entspannungspolitik gegenüber dem von der Sowjetunion beherrschten „Ostblock“, die schon in den 1960er Jahren aus der SPD heraus begonnen wurde, geht es auch in der gegenwärtigen Situation nicht in erster Linie um die Frage, wer „recht hat“, sondern wie man eine gefährliche Situation entschärft und schrittweise Verbesserungen herbeiführt. Dass es 1989 zum Fall des „Eisernen Vorhangs“ und bald darauf sogar zur Wiedervereinigung Deutschlands und die Erweiterung der NATO auf das Gebiet der ehemaligen DDR kam, ist allerdings Michail Gorbatschow zu verdanken, der – weit über die Erwartungen der

Entspannungspolitik hinaus – in der Sowjetunion selbst das entscheidende Umdenken angestoßen hatte. Gorbatschow, der mit Appellen an die Vernunft vor dem Zerfall der Sowjetunion gewarnt hatte, hat für seine Politik im Jahr 1990 den Friedensnobelpreis bekommen wie schon Willy Brandt 1971 für den Beginn der Entspannungspolitik. Obwohl überschattet von Kriegen im ehemaligen Jugoslawien, schienen die 1990er Jahre, bekräftigt durch mehrere Abkommen auch zwischen der NATO und Russland, eine völlig neue Zeit für die gesamte Welt einzuläuten.

Jeder, der diese Zeit erlebt hat, konnte feststellen, dass die riesige Chance, die in der damaligen Entwicklung lag, systematisch vertan wurde. Klares Zeichen dafür war die Erweiterung der NATO nach Osteuropa um 14 Staaten seit 1999, darunter Estland, Lettland und Litauen, die bis 1990 beziehungsweise 1991 zur Sowjetunion gehört hatten. Diese Erweiterung fand ja nicht im Geist der Freundschaft und Zusammenarbeit mit Russland statt, wie es den Abkommen entsprochen hätte, sondern als Erweiterung des westlichen Machtbereichs nach dem „Sieg“ im Kalten Krieg. Jetzt von den deutschen Bürgern zu verlangen, den Blick auf das letzte Glied einer Kette von Ereignissen zu verengen, ist Volksverdummung. Ein Stadionsprecher, der bei Konflikten so unverantwortlich wie die westlichen Kriegspropagandisten reagiert, ist undenkbar. Wir müssen den Spruch von Bertolt Brecht, dass sich Dummheit unsichtbar mache, indem sie sehr große Ausmaße annimmt, jetzt wohl noch durch folgenden Gedanken erweitern. Günter Anders hat schon vor vielen Jahrzehnten geschrieben, dass, solange es Atombomben gibt, auch die Gefahr ihres Einsatzes besteht, „und sei es aus Jux“. Wir können jetzt ergänzen: „Und sei es aus Dummheit.“

Im Jahr 1795 hat Immanuel Kant seine Schrift „Zum ewigen Frieden“ veröffentlicht. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 konnte man tatsächlich die Chance auf einen „Ewigen Frieden“ erkennen. Jetzt führen uns die „Denkpanzer“ des „militärisch-industriellen Komplexes“, in deren strategischen Machtspielen der

einzelne Mensch doch nur zum Dünger degradiert wird, auf den Weg des ewigen Krieges.

Bei der gegenwärtigen deutschen Politik handelt es sich um den größten Betrug an der jungen Generation seit dem Nationalsozialismus.



Gerhard Keller, Jahrgang 1949, ist Diplom-Mathematiker mit Nebenfach Physik sowie Assessor der Lehramts für Mathematik und Physik und arbeitete mehrere Jahrzehnte als Software-Entwickler von der Forschung bis zu zahlreichen Anwendungsgebieten. Bereits während seines Studiums verfolgte er aufmerksam die politischen Prozesse. Im Jahr 1969 machte er zusammen mit einem Freund Wahlkampf für die SPD Willy Brandts. Auch die Gruppen, die sich im Jahr 1980 als die Partei „Die Grünen“ zusammenschlossen, kannte er gut. Seit über 30 Jahren beschäftigt er sich mit Klima und Klimapolitik.